

Die israelische Rechte will, dass die arabische Bevölkerung wählt — unter einer Bedingung

Meron Rapoport und Ameer Fakhoury, 972.mag, 04.02.21

[In der Übersetzung leicht gekürzt]

Die israelischen Politiker buhlen um die Stimmen der arabischen Bürger, doch diese Liebesaffäre wird von einem kolonialen Ziel angetrieben: die Beseitigung der palästinensischen Identität der Gemeinschaft.

Ein wahres „Liebesfeuerwerk“. Besser lässt sich der jüngste Vorstoß von Premierminister Benjamin Netanjahu für die palästinensischen Bürger in Israel nicht beschreiben.

Anfang letzten Jahres begrüßte Netanjahu Trumps sogenannten Nahost-„Friedensplan“, der dazu geführt hätte, dass Umm al-Fahm, der Ort seines Fototermins, einem palästinensischen Staat zugeschlagen und dem Mann, mit dem er fotografiert wurde, die israelische Staatsbürgerschaft entzogen worden wäre.

Da ist die Verbindung mit, dem Führer der islamischen Partei *Ra'am*, Mansour Abbas, die dazu führte, dass Netanjahu fast genug Knesset-Sitze zusammenbekam, um an der Macht zu bleiben, und die einer der Hauptgründe für die Auflösung der *Joint List* [Gemeinsamen Liste] ist. Da sind auch die hochgespielten Besuche des Premierministers in Kliniken, die COVID-19-Impfstoffe in Tira, Umm al-Fahm, Nazareth und anderen palästinensischen Gemeinden, verteilen. Es gab das Versprechen, innerhalb von Tagen einen Plan zur Bekämpfung der Kriminalität in der arabischen Gesellschaft zu genehmigen (die Tage verstrichen und kein Plan wurde genehmigt), und die Prahlerei über die Regierungsresolution 922, einen umfangreichen Entwicklungsplan in arabischen Gemeinden.

Vielleicht mehr als alles andere, ist die Rede davon, dass man versucht, arabische Stimmen zu gewinnen, indem man direkt mit den arabischen Bürgern kommuniziert, einen muslimischen Politiker ganz oben auf die Kandidatenliste des Likud setzt und vielleicht sogar einen muslimischen Regierungsminister ernennt.

„Wir haben mindestens zwei Mandate [Knesset-Sitze] in der arabischen Gesellschaft“, wurde Netanjahu nach seinem Besuch in Umm al-Fahm zitiert. „Wir lieben die Araber. Als ich Umm al-Fahm besuchte, war ich gerührt, dass es überall so viele Menschen gab, die *Selfies* machen wollten.“ Einige Wochen später behauptete Netanjahu bei seinem Besuch in Nazareth, wo er vom Bürgermeister Ali Salam herzlich empfangen wurde, dass „die arabischen Bürger Israels ein gleichberechtigter und voller Teil der israelischen Gesellschaft sein müssen“.

Man muss kein professioneller Faktenprüfer sein, um zu zeigen, wie zynisch und heuchlerisch Netanjahus neue „Araber liebende“ Rolle ist. Erst im letzten März löschte er 15 Knesset-Sitze aus seiner politischen Arithmetik, indem er auf einer weißen Tafel „demonstrierte“, wie er und nicht Benny Gantz, die Wahl gewonnen hatte, weil einige der *Knesset*-Mitglieder, die Gantz empfohlen hatten, Araber waren.

Anfang letzten Jahres begrüßte Netanjahu Trumps sogenannten Nahost-„Friedensplan“, der dazu geführt hätte, dass Umm al-Fahm, der Ort seines Fototermins mit Israels „millionstem COVID-19-Impfstoff-Empfänger“, einem palästinensischen Staat zugeschlagen und dem Mann, mit dem er fotografiert wurde, die israelische Staatsbürgerschaft entzogen worden wäre.

In Bezug auf die Identität gibt es keinen wirklichen Unterschied zwischen einem sogenannten „arabischen Israeli“ und einem Palästinenser, egal ob er oder sie ein Bürger Israels, ein Bewohner der Westbank oder des Gazastreifens oder ein Flüchtling außerhalb Palästinas ist.

Im Jahr 2018 unterstützte der Premierminister das jüdische Nationengesetz, wie eine ganze Flut von anderen diskriminierenden Gesetzen während der letzten 10 Jahre. In den letzten drei Wahlen hetzte er aggressiv gegen arabische Mitglieder der *Knesset* und schon 2015 warnte er seine rechte Basis, dass palästinensische Wähler „in Scharen“ zu den Wahlen gehen würden. 2010 machte sich Netanjahu den Slogan des rechtsextremen Politikers Avigdor Lieberman „Keine Loyalität, keine Staatsbürgerschaft“ zu eigen.

Er versuchte, ein Gesetz zu verabschieden, das auf die palästinensische Gemeinschaft abzielte, das eine Loyalitätserklärung gegenüber Israel als „jüdischem und demokratischem“ Staat als Bedingung für die Staatsbürgerschaft nötig machen würde. Jetzt verspricht er den palästinensischen Bürgern gleiche Rechte, ohne eine Loyalitätserklärung abzugeben, außer vielleicht gegenüber Netanjahu selbst, um den persönlichen Klientelismus beibehalten zu können, der so bezeichnend für seine Amtszeit ist.

Hetze gegen Araber ist passé

Die Konzentration auf Netanjahu allein geht allerdings an der Sache vorbei: Viele rechte Politiker haben sich in den letzten Wochen dabei überschlagen, arabische Bürger zu umgarnen.

Gideon Sa'ar, ehemaliges Mitglied des *Likud*, dessen rechte Gesinnung unbestritten ist, hat Netanjahu in einem Interview im arabischen Radio *Nas* kritisiert, nicht genug für die arabische Gemeinschaft zu tun. Sa'ar, der jetzt seine eigene Partei mit dem Namen *New Hope* führt, stellte seinen eigenen Plan zur Bekämpfung der Kriminalität in der arabischen Gesellschaft vor und betonte sein Engagement für „gleiche Rechte für alle Bürger“, natürlich innerhalb eines „jüdischen Staates“.

Der Vorsitzende der rechtsextremen israelischen Partei *Jamina*, Naftali Bennett, begann seinen Wahlkampf mit der Erklärung, er sei „den Bürgern von Kufr Qassem genauso verpflichtet wie allen Bürgern des Landes.“ Erst vor wenigen Wochen hat seine Partei eine neue „Außenstelle für arabische Angelegenheiten“ ins Leben gerufen, in der Hoffnung, bei den kommenden Wahlen zwei *Knesset*-Sitze von arabischen Wählern zu erhalten.

Selbst Avigdor Lieberman, Chef der rechtsextremen *Yisrael Beiteinu*, schwächte seine Hetze gegen Araber ab, und seine Nummer zwei, Eli Avidar, erklärte gegenüber *Haaretz*, dass er „energisch gegen“ das jüdische Nationengesetz sei, dass die „arabische Gemeinschaft großartig ist“ und dass wir „eine Brücke zu ihr bauen müssen“.

Im Mittellinks-Lager ist die Rhetorik direkter. Anfang Januar schrieb der Vorsitzende der Partei *Yesh Atid*, Yair Lapid, der normalerweise nie vergisst zu erwähnen, dass er nur eine Koalition mit zionistischen Parteien

bilden würde und berühmt dafür ist, dass er sich nicht mit den „Zoabis“ (eine abfällige Bemerkung gegenüber der ehemaligen *Balad*-Abgeordneten Haneen Zoabi) zusammensetzen würde, auf seiner Facebook-Seite: „In der Vergangenheit haben wir gesagt, dass wir keine Hilfe von der *Joint List* brauchen, um eine Regierung zu bilden. Heute sagen wir, dass es keinen Grund gibt, nicht mit denen zu arbeiten, die 20 Prozent der Bevölkerung des Landes repräsentieren. Wir haben uns verändert, und sie haben sich ebenfalls verändert.“ Die „reformierte“ Arbeitspartei, unter der Führung der neu gewählten Merav Michaeli, sieht die Partnerschaft mit der *Joint List* als naheliegend an. Dies ist schon weit entfernt von den ehemaligen Vorsitzenden der Arbeitspartei Isaac Herzog („wir müssen das Gefühl abschütteln, dass die Mitglieder der Arbeitspartei „Araber-Liebhaber“ sind) und Avi Gabbay („wir werden nicht in der gleichen Regierung mit der *Joint List* sitzen“).

Meretz hat unterdessen zwei arabische Kandidaten auf den ersten fünf Plätzen ihrer *Knesset*-Liste, und zwei der ersten vier Kandidaten auf der Liste der neuen Partei *Democratit*, die angeblich die Anti-Netanjahu-Protestler repräsentiert, sind Araber.

Die Besatzung ist kein Teil der Konversation

Besonders verwirrend ist die Tatsache, dass bei diesem „Liebesfeuerwerk“ gegenüber den palästinensischen Bürgern, über Frieden mit den Palästinensern oder die Notwendigkeit, die Besatzung der palästinensischen Gebiete zu beenden, überhaupt nicht gesprochen wird. Sa'ar hat das Thema kaum erwähnt und Bennett hat gesagt, dass er seinen Annexionsplan zur Seite stellt. Trotzdem lehnen alle diese rechtsgerichteten Politiker die Errichtung eines souveränen, unabhängigen palästinensischen Staates und ein Ende der Besatzung gemäß internationaler Vereinbarungen grundsätzlich ab.

Wenn sich die aktuellen Umfragen bestätigen, wird die nächste *Knesset* eine der rechtslastigsten in der Geschichte sein. Die 80 Parlamentsmitglieder, die in den rechten Parteien erwartet werden (einschließlich Sa'ar, Bennett und Lieberman), werden vorraussichtlich jede Maßnahme befürworten, die darauf abzielt, die israelische Annexion und Apartheid weiter zu festigen. Sollte eine formale Annexion wieder eine Option werden, was als unwahrscheinlich unter einer Biden-Administration gilt, werden sie alle dafür stimmen.

In anderen Worten, umarmt die israelische Rechte, und die jüdische Politik im Allgemeinen, die Araber, und versucht gleichzeitig, die Palästinenser zu beseitigen. Das jüdische Israel reißt die Mauern ein, die es von der arabischen Welt getrennt haben, wie tausenden Israelis zeigen, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten Urlaub machen wollen, während es die Mauern verstärkt, die die Palästinenser fernhalten. Araber sind gut, Palästinenser sind schlecht.

„Man hat Juden und Araber in Dubai und Bahrain gesehen, die sich umarmen. Warum können wir das hier nicht auch haben?“, wunderte sich Netanjahu laut, nach seinem Besuch in Umm al-Fahm. In einer Rede vor dem Parteisekretariat des *Likud*, sagte Netanjahu: „So wie ich das Veto der Palästinenser über [Israels] Beziehungen zu arabischen Ländern gebrochen habe, werde ich das Veto der arabischen Parteien über Israels arabische Bürger brechen.“

Es ist schwierig, diese Kluft zwischen der Umarmung des „Arabers“ und der Ablehnung des „Palästinensers“ zu verstehen, ohne den Siedlerkolonialismus zu verstehen, der im Herzen des Zionismus begründet ist. Die intellektuellen Gründer des Zionismus hatten prinzipiell kein Problem mit „Arabern“. Theodor Herzl stellte sich Araber in Schlüsselpositionen in seinem idealen Staat vor, und sogar der revisionistische Zionisten-

führer Ze'ev Jabotinsky versprach, dass jede Regierung im jüdischen Staat einen arabischen stellvertretenden Ministerpräsidenten haben würde. In diesem Sinne können sich sowohl Netanjahu als auch Sa'ar auf Jabotinskys Erbe berufen, wenn sie gleiche Rechte für die arabische Gemeinschaft versprechen. (...)

Netanjahu will, dass die PalästinenserInnen aufgeben

Die jüdisch-palästinensische Geschichte unterscheidet sich nicht so sehr von der Geschichte des Siedlerkolonialismus anderswo. In Anlehnung an die Arbeiten von Wissenschaftlern wie Lorenzo Veracini und Patrick Wolfe können vier Phasen in der Entwicklung des Siedlerkolonialismus identifiziert werden (siehe auch den Vortrag von Dr. Yossi Rapoport zum 100-jährigen Jubiläum der Balfour-Deklaration*).

Zunächst versuchen die Siedler, die indigene Bevölkerung zu imitieren. Dann versuchen sie den Platz der einheimischen Bevölkerung einzunehmen. Danach folgt ein Krieg um die Vorherrschaft zwischen den Siedlern und der einheimischen Bevölkerung. Schließlich reichen die Sieger den Verlierern die Hand und nehmen sie in die Gemeinschaft auf, nachdem diese ihre Niederlage eingestanden haben. In Nordamerika und Australien endete dies mit dem Sieg der Kolonisten. In Algerien und Südafrika siegten die Ureinwohner.

Die dritte Phase des jüdisch-palästinensischen Konflikts fand 1948 statt und führte zu einem durchschlagenden Sieg auf jüdischer Seite. Doch hat Israel seit Jahrzehnten Schwierigkeiten damit, in die vierte Phase überzugehen. Netanjahu versucht nun dorthin zu gelangen. In Anlehnung an Jabotinskys „Eiserne Mauer“-These glaubt Netanjahu, dass Israel jetzt stark genug ist, um die „Eingeborenen“ aufzunehmen, auch wenn er sie ihrer nationalen Identität beraubt.

Dies zeichnet sich als eines der Ziele hinter den Abkommen ab, die in den letzten Monaten mit arabischen Staaten unterzeichnet wurden: Israels Macht gegenüber der arabischen Welt zu nutzen, um der einheimischen Bevölkerung eine klare Botschaft zu senden, dass sie keine andere Wahl hat, als sich zu ergeben, ihre nationale Geschichtsschreibung aufzugeben und die jüdische Vorherrschaft zu akzeptieren, wenn auch in einer „weicheren“, „egalitäreren“ Sprache.

Was Netanjahu und viele andere in der israelischen Politik nicht verstehen, ist, dass dies ein Fehlstart ist. Die Menschen in Umm al-Fahm mögen Araber sein, aber sie sind auch Palästinenser. In diesem Sinne ist die Trennung zwischen Israel, der Westbank und dem Gazastreifen eine künstliche. In Bezug auf die Identität gibt es keinen wirklichen Unterschied zwischen einem so genannten „arabischen Israeli“ und einem Palästinenser, egal ob er oder sie ein Bürger Israels, ein Bewohner der Westbank oder des Gazastreifens oder ein Flüchtling außerhalb Palästinas ist. (...)

Partnerschaft und Vormachtsstellung passen nicht zusammen

Der umfassendere israelisch-arabische Konflikt hat evtl. begonnen sich seinem Ende zu nähern, mit der Unterzeichnung der Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien und später mit den VAE, Bahrain, Sudan und Marokko [Marokko hat sich nach der Wahl Bidens dann doch nicht festgelegt (Pako)], doch der jüdisch-palästinensische Konflikt bleibt, und zwar vom Jordan bis zum Mittelmeer.

Andererseits legt die Geschichte nahe, dass dieses „Liebesfeuerwerk“, das dazu dienen soll die palästinensische Geschichte zu beseitigen, unbeabsichtigte Folgen haben kann. Die Tatsache, dass die palästinensisch-arabische Minderheit in Israel zu einem Faktor in der Politik geworden ist, die Legitimität der gewählten Vertreter dieser Öffentlichkeit, die Anerkennung ihrer Kultur und das Wachstum ihrer wirtschaftlichen und

sozialen Macht, könnte auf lange Sicht die Grundlagen der jüdischen Vorherrschaft, die den Staat Israel seit seiner Gründung gestützt haben, untergraben. Diese Entwicklungen könnten auch Israels jüdische Politiker dazu zwingen, zu erkennen, dass es am Ende des Tages unmöglich ist, die Araber zu „übernehmen“, ohne anzuerkennen, dass sie Palästinenser sind.

Vielleicht werden sie erkennen, dass es unmöglich ist, eine normale Gesellschaft zu schaffen, solange Besatzung und Apartheid fortbestehen, und solange ein jüdischer Staat weiterhin jüdische Vorherrschaft über die einheimischen Palästinenser bedeutet, mit oder ohne israelische Staatsbürgerschaft. Die exklusive jüdische Herrschaft über Nicht-Juden kann nicht ewig andauern.

An einer anderen Front hat der von Netanjahu und dem rechten Flügel geführte „Liebesfeuerwerk“ sowohl die palästinensische, als auch die jüdische linke Politik in Israel in eine verzwickte Lage gebracht. Wenn Netanjahu sagt, Juden und Araber müssten „aufeinander zugehen“ und zusammenarbeiten im Ziel der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts, was meint die Linke dann, wenn sie von „jüdisch-arabischer Partnerschaft“ spricht? Wie unterscheidet sich das von der Version der Rechten?

Die rechte Version der jüdisch-arabischen Partnerschaft beinhaltet vor allem die Anerkennung der individuellen Rechte, der Sprache und der Kultur der arabischen BürgerInnen und vielleicht die Gleichberechtigung, wenn es um den Staatshaushalt geht.

Eine echte jüdisch-palästinensische Partnerschaft erfordert jedoch, die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zu beseitigen und die Macht in der Gegenwart neu zu verteilen. Es erfordert zwei Ko-Gesellschaften, die im gleichen Raum zwischen dem Fluss und dem Meer leben. Nur wenn wir diese Voraussetzung annehmen, werden wir in der Lage sein, von wahrer Gleichheit zu sprechen, anstatt die Erweiterung der Rechte der palästinensischen BürgerInnen Israels davon abhängig zu machen, wie weit die jüdische Vorherrschaft dies erlaubt. Den PalästinenserInnen einen Scheck auszustellen, reicht schlichtweg nicht aus.

Ameer Fakhoury ist palästinensischer Staatsbürger Israels und Leiter des School for Peace Research Center in Wahat al-Salam/Neve Shalom.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/israeli-right-palestinian-citizens-identity/>

* https://www.youtube.com/watch?v=BQhrCKtKM3o&ab_channel=QMULSchoolofHistory